

STELLUNGNAHME zum Antrag GRÜNE-Gemeinderatsfraktion Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Eduardo Mossuto (FW) Stadtrat Jürgen Wenzel (FW) vom: 20.10.2009 eingegangen: 20.10.2009	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:	4. Plenarsitzung Gemeinderat 17.11.2009 160 25 öffentlich Dezernat 4
Einführung eines Bürgerbeteiligungshaushaltes		

Aufgrund der bereits bestehenden Informationsmöglichkeiten über den städtischen Haushalt, der vorhandenen Mitwirkungsmöglichkeiten sowie des hohen Ressourceneinsatzes an Personal und Sachmittel wird die Umsetzung eines Bürgerhaushaltes nicht weiter verfolgt.

Finanzielle Auswirkungen nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>			
Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Karlsruhe Masterplan 2015 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		Handlungsfeld:
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>		abgestimmt mit

Die Stadt Karlsruhe stellt seit dem Doppelhaushalt 2007/2008 Produkthaushalte auf, in denen die städtischen Leistungen für Bürgerinnen und Bürger und die entsprechenden finanziellen und sonstigen Ressourcen transparent dargestellt werden.

Die Produkthaushalte seit 2007 sind in vollständiger Form im Internet einzusehen. Darüber hinaus wird der Haushaltsplan in seiner Entwurfsphase öffentlich ausgelegt, um den interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit zur Einsicht zu geben. Anregungen und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger werden im gemeinderätlichen Beratungsverfahren zur Beschlussfassung vorgelegt. Auch haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, ihre Anliegen über die gewählten Stadträtinnen und Stadträte direkt in das gemeinderätliche Beratungsverfahren einzubringen, was sich zuletzt bei den Planberatungen des Doppelhaushaltes 2009/2010 in 298 Anträgen aus der Mitte des Gremiums niederschlug.

Für die Einführung eines Bürgerbeteiligungshaushaltes würde ein erheblicher Mehraufwand an Sachmitteln für Projektführung, Moderation, Informationsmaterial etc. und zusätzliche Stellen erforderlich.

Ebenso wären neben der Verwaltung auch in nicht unerheblichem Maße Ratsmitglieder einzubinden, sind diese doch oftmals die Ansprechpartner der Bürgerinnen und Bürger vor Ort.

Die Erfahrungen aus vergleichbaren Großstädten, die bereits ein entsprechendes Bürgerbeteiligungsverfahren durchgeführt haben, zeigen, dass trotz des engagierten Bemühens der Ratsmitglieder und der Verwaltung nur eine geringe Anzahl von Bürgerinnen und Bürger von dem zusätzlichen Angebot Gebrauch gemacht haben. So haben beispielsweise bei der Stadt Köln nur ca. 0,5 % der Bürgerinnen und Bürger das Angebot, zum Haushalt einen Vorschlag zu unterbreiten, angenommen. Von den rund 5.000 eingebrachten Vorschlägen wurden rund 4.700 abgelehnt. Insgesamt wurde seitens der Verwaltung eine umfangreiche Vorlage von ca. 500 Seiten erstellt, die dem politischen Gremium zur Entscheidung vorgelegt wurde.

Aussagen zu den Kosten des gesamten Projektes liegen verlässlich nur seitens der Stadt Freiburg vor, die diese in Höhe von rd. 680.000 Euro angeben, woran sich die Landesstiftung Baden-Württemberg in Höhe von 149.680 Euro beteiligt hat. Somit verblieb ein Eigenanteil der Stadt Freiburg in Höhe von rd. 530.000 Euro.

Aufgrund der bereits bestehenden Informationsmöglichkeiten über den städtischen Haushalt, der vorhandenen Mitwirkungsmöglichkeiten sowie des hohen Ressourceneinsatzes an Personal und Sachmittel sollte die Umsetzung eines Bürgerhaushaltes nicht weiter verfolgt.